











Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Deutsches Reich.

Der Postkott der Badwaren in Berlin, die aus Paderborn stammen, welche die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligt haben...

Im Berliner Handgewerbe sollte am Montag mit der Einstellung der gewonnenen Arbeitswilligen begonnen werden. Die Unternehmer gehen aber ein, daß sich eine genügende Anzahl Arbeitswilliger nicht gefunden hat...

90 Prozent aller Beschäftigten (2700) sind auf der Germania-Werft in Piel ausgesperrt worden, weil 200 Meter die Arbeit niedergelegt haben.

Eine internationale Konferenz sozialistischer Frauen ist auf Samstag, den 17. August nach Stuttgart (Württemberg) einberufen worden. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Berichte über die sozialistische Frauenbewegung...

Husland.

Oesterreich. In Brünn ist der größte Teil der Arbeiter der drei dortigen Wolllwarenfabriken, Adolf Weinberger, Moses Loew-Weber und Max Cohn (zifa 1000) in den Ausstand getreten. Sie fordern vollständige wöchentliche Arbeitszeit und Lohnerhöhung.

Table with 2 columns: Gewerkschaften mit Mitgliederzahl and corresponding numbers for various industries like Bergbau, Holzbearbeitungsindustrie, Lederindustrie, etc.

Da viele Gewerkschaften nicht die Zahl der tatsächlich zur Gewerkschaft gehörigen zahlenden Mitglieder, sondern die Zahl derjenigen, die sich als Mitglieder gemeldet, in die Fragebogen der Organisationskommission aufgenommen haben, so schätzt die Organisationskommission die Zahl der wirklichen Mitglieder auf 90.000, was mit eingerechneten Gewerkschaften für alle russischen Gewerkschaften die Gesamtanzahl von 123.000 Mitgliedern ergibt.

Soziales.

Von glänzenden Lohnsätzen kann wirklich nicht gesprochen werden, wenn man ein Gesicht in einem auswärtigen Markt ansieht, durch welches für einen Chemnitzer Betrieb Arbeitskräfte gesucht werden. Das Inserat lautet:

100 Arbeiterinnen und jüngere Arbeiter gesucht nach Chemnitz, insbesondere solche, welche schon in Porzellanfabriken, Spinnereien, Zwirnereien oder Webereien gearbeitet haben. Reis und Umzug von Familien wird vergütet.

welche Firma die Arbeiter sucht. Sehr häufig müssen die Arbeiter die Erfahrung machen, daß in solchen Fällen, wo sie sich auf die Versprechungen von Agenten verlassen, ihre an sich nicht hohen Erwartungen bitter getäuscht wurden.

Heimarbeitersammlung zu Frankfurt a. M. Am 20. Juni fand in Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Geh. Regierungsrats Bürgermeisters Warrentrapp eine Sitzung des Hauptausschusses der Heimarbeitersammlung statt. Es wurden verschiedene geschäftliche Angelegenheiten, namentlich die Aufstellung des Finanzplans, erledigt. Die Gesamtkosten des Unternehmens wurden auf 62.000 Mark veranschlagt.

Neuntugendtag der städtischen Arbeiter in Zürich. Anstelle des bisherigen Jehntugendtages beschloß der große Rat von Zürich, den Neuntugendtag für die städtischen Arbeiter einzuführen. Genosse Grulich trat dafür in längerer wirksamer Rede ein, und von demokratischer Seite wurde er unterstützt.

Ein weiterer Fortschritt wurde bezüglich des Minimallohnes erzielt. Stadtrat und Kommission beantragten einen minimalen Tagelohn von 5 Fr. für erwachsene Handwerker und von 4.50 Fr. für erwachsene Handlanger.

Frauenarbeit und Kinderfürsorge. Im Auftrage der 'Zentrale für private Fürsorge' in Frankfurt a. M. ist von Herrn Dr. W. Feld eine Abhandlung herausgegeben worden über: 'Die Kinder der in Fabriken arbeitenden Frauen und ihre Verpflegung'. Einige der charakteristischsten Befunde, die in dieser Schrift niedergelegt sind, beziehen sich auf die Verhältnisse innerhalb der Grimmitzhauer Textilindustrie.

Die mitgeteilten Zahlen sind aber auch noch in manch anderer Beziehung höchst lehrreich. Die Höhe der aufgewandten Pflegekosten richtet sich nicht in erster Linie nach der Zahl der zu beaufsichtigenden bezw. zu verpflegenden Kinder, sondern nach der Höhe des Arbeitsverdienstes der Frau.

Als Ueberschau über die Verpflegungskosten der Kinder ergibt sich in 285 (1/4) der Fälle der gesamte Verdienst der Frau, weil für die Verpflegung der Kinder keine Ausgaben gemacht werden. In 15 Fällen beläuft er sich auf über 15 Mk., in 24 Fällen auf 12 bis 15 Mk., in 56 Fällen auf 10-12 Mk., in 181 Fällen bis 10 Mk., in 195 Fällen bis 7 Mk., in 82 Fällen bis 5 Mk., und in 20 Fällen bis 3 Mk. pro Woche.

Die anderwärts in diesem Zusammenhang sich auftuenden Mißstände werden auch hier hervorgehoben: mangelhafte Aufsicht und Verpflegung, wenn nicht gar Verwahrlosung der Kinder, Herumstreifen der Kleinen aus dem besten Schlaf, Vernachlässigung des Gesundheitszustandes usw.

Der bürgerliche Berichterstatter verlangt auf Grund dieser betrübenden Wahrnehmungen, daß man dahin trachten müsse, 'die Wirksamkeit der Gesetzgebung auf ihre Hauswesen und ihre Familien zu konzentrieren'. Was das erreicht werden könne, verrät er freilich nicht. Ja, die Logik der Tatsachen zwingt ihn sogar zu der Feststellung, daß der niedrige Männerlohn die Frauen nötige, zur Verwirklichung des Unterhaltes der Familie mitzuverdiene.

Damit ist festgestellt, daß in der Grimmitzhauer Textilindustrie (denn um diese handelt es sich fast ausschließlich) Mann und Frau zusammen die Höhe des in anderen Industrien üblichen Mannesverdienstes erreichen.

Und in Grimmitzhau ist der Verdienst der Textilarbeiter noch nicht am geringsten, womit aber nicht gesagt sein soll, daß er sich wesentlich höher stellt als in sonstigen Textilzentren. Den Kindern, die in Verpflegung gegeben werden müssen, weil die Mutter in die Fabrik geht, was geschieht, weil die Kinder sonst nicht ernährt werden könnten, wäre am besten damit gedient, daß die Mutter zu Hause bleiben könnte. Das wäre aber nur möglich, wenn der Mann genug verdiente. Den Verdienst des Mannes so hoch zu bringen, verhindern aber die sogenannten 'Nationalen', von anderen Faktoren ganz abgesehen. Bleibt dann nur Verdünnung der Arbeitszeit übrig, denn je kürzer diese ist, um so mehr wird sich die Mutter ihrem Kinde widmen können.

Aus Unternehmertreffen.

Die Posamentenarbeiter als Scharfmacher. Es war vorauszu- sehen, daß die Unternehmer der Posamentenindustrie auf ihrem Verbandstage, den sie vom 22. bis 24. Juni in Berlin im 'Deutschen Hof', Ludowikstraße, abhielten, den kaum verflochtenen Kampf der Berliner Posamententiergeschäfte zum Anlaß nehmen würden, ihre scharfmacherischen Pläne, die sie schon längst hegen, zur Ausführung zu bringen zu suchen.

Sie behandelten daher zunächst in allem Ernst die Frage: Sollen Tarifverträge mit den Gehilfen abgeschlossen werden? Ueber diese Frage wurde aus Anlaß eines Antrages der Leipziger Zinnung ein Langes und Breites debattiert, ohne daß es zu einem bindenden Beschluß kam. Die meisten der Berliner Unternehmer versprachen sich bis auf weiteres keinen Nutzen von solchen Verträgen. Knöchel-Berlin gab eine Schilderung des Kampfes, der im Dezember vorigen Jahres in Berlin ausgebrochen war. Da habe man gesehen, daß die Gehilfen sich an Verträge nicht hielten. (Umgekehrt wird ein Schuh daraus, D. R.) Schneider-Würzburg erklärte sich aufs entschiedenste gegen alle Tarifverträge. Die seien, so meinte er, immer nur bindend für die Arbeitgeber, nie für die Arbeitnehmer. Auch Magler-Berlin und Voelmy-Berlin rieten, einstweilen keine Tarifverträge mehr abzuschließen, da man mit den Organisationen der Gehilfen schlechte Erfahrungen gemacht habe. Die in Hamburg bestehenden Verhältnisse wurden von Matthei-Hamburg geschildert. Dort seien Tarifverträge das einzige Mittel, mit den Arbeitern in Frieden auszukommen. (Sehen Sie, Herr Knöchel D. R.) Freilich habe man im Ernstfall noch keine Probe machen können. (Mag sein, R.) Gegenüber diesen sachlichen Ausführungen behauptete Magler-Hamburg, tatsächlich dürfe dort der Arbeitgeber nicht maulen, sonst würde auch dort der Bruch fertig sein. (In Berlin war es aber umgekehrt; weil hier die Gehilfen sich gegen rigorose Maßnahmen eines Unternehmers auflehnten, also mußten, wurden sie in ganz Berlin ausgesperrt. Wären hier die Unternehmer toleranter gewesen, wäre es kaum zum Bruch gekommen.) Gülland-Leipzig warnte, Tarifverträge von Verbands wegen abzuschließen. Wo aber eine einzelne Vereinigung günstige Verträge durchsetzen könne, da solle sie es auf eigene Faust tun. Auch Alshöner-Berlin äußerte sich dahin, daß man es wohl wieder mit Tarifverträgen versuchen könne, wo die Umstände günstig seien. Die Gehilfenschaft werde hoffentlich aus ihren in Berlin gemachten Erfahrungen die Einigkeit und Stärke des Verbandes der Fabrikanten erkannt haben und sich in Zukunft weniger übermütig benehmen. Matthei-Hamburg hob noch einmal hervor, daß Tarifverträge doch auch im Interesse des Arbeitgebers liegen, da er sich anders nicht vor Ueberrumpelung durch die Gehilfen schützen könne. In der Abstimmung wurde dann mit sehr großer Mehrheit beschlossen, daß der Abschluß von Tarifverträgen den einzelnen Vereinigungen freizustellen sei. Hierdurch erledigte sich der von dem Draufgänger Schneider-Würzburg gestellte Antrag, daß Tarifverträge überhaupt zu verwerfen seien.

Es folgte die Beratung eines Antrages des Westdeutschen Verbandes (Eberfeld), der die Schaffung eines Zentralverbandes empfahl. Der Antrag wurde begründet von Herru Masse, dem Generalsekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes. Masse suchte glaubhaft zu machen, daß auch in der Posamentenindustrie ein engerer Zusammenschluß der Arbeitgeber nötig sei, um 'den Frieden zu sichern'. Man brauche ja nicht schon jetzt einen dahingehenden Beschluß zu fassen. Aber wenn dieser Gedanke von nun an eifrig propagiert werde, so werde in Kürze - vielleicht schon bis zum nächsten Verbandstage - es von selber zu der wünschenswerten Zentrale kommen. Gülland-Leipzig befürchtete, das werde weiter nichts als ein Großlistenverband werden, dem die Heineren Fabrikanten fernbleiben würden. Doch Herr Masse beschwichtigte, gerade das kleine Handwert solle durch diesen Zusammenschluß geschützt werden, es bedürfe der Stärke und werde sie an der Großindustrie finden. (Unschlüssig von ihr verschlungen, zu werden, R.) Die Berliner Prinzipale sind aber nach ihrem 'Siege' über die Gehilfen so schußbedürftig, daß sie der Masse'schen Idee des Schutzes der Kleinen durch die Großen Sympathie abgewannen und ihr lebhaft Beifall spendeten. Dann kam das Interessanteste: Magler-Berlin sprach offen aus, daß es heute vor allem darauf ankomme, den Gehilfen den Arbeitsnachweis aus den Händen zu nehmen. Das könne aber nur durchgesetzt werden, wenn man sich einem Arbeitgeberverbände anschließe. Wie sei Leipzig will zunächst mal abwarten, was Berlin auf diesem Wege erreichen wird. (Sehr vernünftig, R.) In der weiteren Debatte wurden unter anderem von Gülland-Leipzig geltend gemacht, daß der Gehilfen nichts riskieren könne, weil ihm, wenn es bei ihm zum Streik komme, der liebe Nachbar die Handhabe wegsperrne. (Das macht nichts; er wird dann mit Gehilfen vom Unternehmernachweis gefüttert, und er selbst wird dann vom Großlistenverband verschluckt.)



